

**Sicherheitspolitisches Forum Niedersachsen:
„Krisen, Kriege, Terror: Eine Debatte über neue außen- und sicherheitspolitische
Herausforderungen in der Welt und für Deutschland.“**

05. Mai 2015, Courtyard by Marriott Hannover

Während in diesen Tagen der 70. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus gefeiert wurde und Europa auf nunmehr sechs Jahrzehnte in Frieden zurückblicken konnte, existieren in zahlreichen Regionen der Welt weiterhin bewaffnete Konflikte, Krisen und Kriege.

Die Instabilität in den Staaten Nordafrikas, im Nahen und Mittleren Osten sowie der bewaffnete Konflikt in der Ukraine stellen die internationale Außen- und Sicherheitspolitik vor neue Herausforderungen. Besonders deutlich wird dies bei der Betrachtung des Konfliktes in Syrien. Der Aufstand von weiten Teilen der Zivilgesellschaft und moderaten Kräften gegen das autoritäre Regime im Jahr 2011 hat sich zu einem blutigen Bürgerkrieg entwickelt. Bisher hat dieser mindestens 200.000 Todesopfer gefordert und unfassbares Leid über die Zivilbevölkerung gebracht. Sämtliche Versuche der internationalen Gemeinschaft den Konflikt beizulegen, sind bisher gescheitert.

Diese fragile Lage in Syrien, aber auch in weiten Teilen des Iraks, hat zu einer weiteren Herausforderung für die internationale Außen- und Sicherheitspolitik geführt. Terrororganisationen wie der "Islamische Staat" (IS) konnten aufgrund des bestehenden Machtvakuum enorm an Einfluss gewinnen.

Die kriegesischen Konflikte haben jedoch nicht nur eine immense regionale Bedeutung, sondern wirken sich auch konkret auf die innenpolitische Situation in Deutschland aus. Nicht nur muss der Umgang mit der stark wachsenden Anzahl von Flüchtlingen diskutiert werden. Auch Hinweise auf Terroranschläge, wie z.B. auf den Karnevalsumzug in Braunschweig, werfen Fragen auf. Welche konkrete Gefahr geht von Terrororganisationen wie dem IS aus? Wie kann die IS wirksam bekämpft? Welche Rolle kommt dabei der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu und wie müsste diese künftig gestaltet werden? Um diese und viele weitere Fragen zu diskutieren, lud das **Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung** zum Sicherheitspolitischen Forum ein.

In einer kurzen thematischen Einführung skizzierte der Moderator der Veranstaltung **Hans-**



Hans-Joachim Schaprian

Joachim Schaprian, Oberst a.D., zunächst die aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen. Dabei hob Hans-Joachim Schaprian hervor, dass die Kriege, Konflikte und Krisen des 21. Jahrhunderts eine neue Dimension erreicht hätten. Auch die Reichweite von sicherheitspolitischen Bedrohungen hat sich durch Cyberkriminalität, Umweltkatastrophen und Seuchen immens vergrößert. Heutzutage, so Schaprian, seien Krisen zum Normalfall geworden. Zudem zeige der Konflikt in der Ukraine, dass diese nicht nur in anderen Teilen der Welt, sondern auch direkt vor unserer Haustür stattfinden. Diese hohe Dichte an Krisen und Konflikten erfordere geeignete Strategien und

Handlungsinstrumente. Dazu gehöre auch die von Außenminister Steinmeier angekündigte Fokussierung auf eine vorsorgende Außenpolitik mit verstärkter Krisenprävention, so Schaprian. Gerade im Hinblick auf neue Akteure, wie der Terrororganisation IS, sei jedoch nicht nur die Außenpolitik, sondern das politische System als Ganzes gefragt. Denn nur so könne zu einer Stabilisierung der internationalen Sicherheitslage beigetragen werden, so Schaprian weiter.

Um einen Einblick in die aktuelle Lage des Landes Niedersachsen zu erhalten, hielt anschließend **Maren Brandenburger**, Präsidentin des Verfassungsschutzes Niedersachsen, einen kurzen Impulsvortrag. Dabei machte die Präsidentin deutlich, dass die hiesige Sicherheitslage nur dann verstanden werden könne, wenn die gesamteuropäische und internationale Situation mit in den Blick genommen würde. Insbesondere habe die Lage in Syrien und die anhaltende Attraktivität des IS zu einer Veränderung und Verschärfung der Sicherheitslage geführt, so Brandenburger. An dieser Stelle sei es aber unerlässlich, Differenzierungen vorzunehmen, damit Angst und Sorgen nicht instrumentalisiert werden. Dies betreffe insbesondere den Salafismus, bei dem zwischen einem politischen Salafismus, mit rein missionarischer Funktion und dem Dschihadismus, mit äußerst gewaltbereiten Anhänger_innen, unterschieden werden müsse.



Maren Brandenburger

Laut Brandenburger liegen die derzeit größten Herausforderungen im Wandel und in der Dynamik der Entwicklungen. Während der 11. September und die Anschläge von Madrid und London Großanschläge waren, liege heute eine größere Bedrohung in kleinen Terroranschlägen, die prinzipiell überall stattfinden könnten. Gruppierungen und Einzeltäter_innen handeln heute, gemäß dem Konzept des führerlosen Dschihad, losgelöst von großen Terrororganisationen und lassen sich dadurch weitaus schwerer kontrollieren. Eine Garantie für absolute Sicherheit könne es somit nicht geben, so Brandenburger.

Eine besondere Rolle komme dem Internet zu, da dieses nicht nur eine Vernetzung von Kämpfer_innen erleichtere, sondern auch dazu beitrage die islamistische Ideologie und Aufforderung zu Gewalttaten weltweit zu verbreiten. Auf diese Weise werde auch eine Radikalisierung im Heimatland gefördert, sodass das Internet als eine Art Brandbeschleuniger eingestuft werden könne, so die Präsidentin weiter. Als Strategien gegen terroristische Handlungen nannte Brandenburger die akribische Prüfung von Hinweisen, die Beobachtung von Rückkehrer_innen sowie Präventionsmaßnahmen. Gleichmaßen sei aber auch die Gesellschaft als Ganzes gefragt, denn durch einen verbesserten Diskurs und Integration könne viel erreicht werden.

Anschließend lieferte **PD Dr. habil. Markus Kaim** von der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand.



PD Dr. habil. Markus Kaim

Zunächst begann Kaim mit einer begrifflichen Einordnung und einer Erläuterung der Funktionsweise des IS. Dabei hielt Kaim fest, dass es sich um ein dschihadistisches Staatsbildungsprojekt mit einem regional begrenzten Herrschaftsanspruch handele. Dies sei keinesfalls nur ein temporäres Phänomen, da mit dem anhaltenden Zuwachs an Kämpfer_innen die Attraktivität ungebrochen zu sein scheine. Hinsichtlich der Wahrnehmung des IS spielen drei Aspekte eine Rolle, so Kaim. Zum einen besitze der IS eine wichtige geostrategische Rolle für den Nahen und Mittleren Osten, denn durch seine Handlungen finde in Syrien und im Irak eine beachtliche regionale Destabilisierung statt. Zum anderen stelle der IS eine große humanitäre Herausforderung dar. Darüber hinaus gehe von IS-Kämpfer_innen, die in ihre Heimatländer zurückkehren, auch

eine Bedrohung für die innere Sicherheit aus, so Kaim weiter. Diese Bedrohung sowie die humanitäre Herausforderung seien die beiden Aspekte, die für das Engagement der Bundesrepublik handlungsleitend waren. Viele Fragen seien in diesem Kontext jedoch nicht geklärt worden. Dies betreffe vor allem die Frage nach der Zielsetzung des militärischen Vorgehens. Kaim verdeutlichte, dass aktuell keine kohärente Politik der EU-Mitgliedstaaten vorliege. Bisher ließen sich die politischen und militärischen Ziele der westlichen Welt lediglich schemenhaft erkennen. Kaim forderte an dieser Stelle ein klares politisches Konzept, einschließlich einer detaillierten Zielsetzung, damit das militärische Handeln legitimiert werden könne. Als einen ersten wichtigen Schritt könne die angekündigte Entwicklung eines neuen Weißbuches gesehen werden, so der Wissenschaftler.

Die anschließende rege Diskussion mit dem Publikum und die zahlreichen Fragen, insbesondere zu den Motiven der Akteur_innen und zur Finanzierung von Terrornetzwerken, verdeutlichten die Relevanz und das Interesse an dem Thema. Die Diskussion machte auch deutlich, dass es gerade im Umgang mit Terrorhinweisen unterschiedliche Einschätzungen gibt. Einigkeit bestand jedoch darin, dass es keine Kapitulation vor dem Terror geben dürfe und alle Mittel und Präventionsmaßnahmen genutzt werden müssen, um den neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen begegnen zu können.



v.l.n.r.: **Maren Brandenburger, Hans-Joachim Schaprian und
PD Dr. habil. Markus Kaim**